

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 271 B

BERLIN • Freitag, den 18. November 1932

1. JAHRGANG

Das Ende des Papen-Kabinetts.

Faschismus — Demokratie — Sozialismus.

M. S. Wien, 16. November.

„Sensationelle Rede Dr. Bauers auf dem Parteitag.“

Unter dieser Schlagzeile erschien die erste Wiedergabe der Rede des österreichischen Parteiführers am Montag nachmittag in den Wiener Straßen. Vor der Mittagspause hatte er seine fast zweistündige Rede beendet, nachdem vorher eine nicht sehr beachtete und nicht sehr aufschlußreiche Rede über „Partei und Gewerkschaft“ gehalten worden war.

Die österreichischen Arbeiter haben keine Gewerkschaftsprobleme, wie sie die gesplante deutsche Arbeiterschaft bewegen. Die einzige Sorge, die sie erfüllt, ist der Rückgang der Mitgliederzahlen als Folge der Krise; die einzige Abhilfe, die man sieht, der Appell an alle Parteigenossen, in der Gewerkschaft zu bleiben und neue Mitglieder zu werben.

Die Unruhe im Saal legte sich mit einem Schlage, als Bauer ans Rednerpult ging. Sie blieb verbannt, so lange er sprach.

Er begann mit der marxistischen Feststellung, daß die Wandlung in der wirtschaftlichen Basis unserer Gesellschaftsordnung die Umwälzung des gesamten geistigen und politischen Ueberbaues nach sich ziehe. Als Beweis führte er Deutschland an, wo die seit 1929 sich verschärfende Krise die reaktionären Kräfte zum Vorschein gebracht habe, die der Republik, da sie selber noch in der vorhergehenden Konjunkturperiode ihre Unterstützung geliehen hätten, jetzt den Todesstoß versetzen. Von Deutschland wirke diese Umwandlung auf Oesterreich hinüber. Das Parteiensystem sei auch in Oesterreich in Bewegung geraten; alte Parteien würden zerstört, mit dem Einzug neuer faschistischer Parteien sei zu rechnen.

Diese Wandlung bringe es mit sich, daß die österreichischen Sozialdemokraten

zum ersten Mal auf ihrem Parteitag zum Faschismus Stellung zu nehmen hätten.

Die Frage, warum man den Reaktionären die Möglichkeit zum Wiederaufstieg überhaupt gelassen hätte, beantwortete Bauer mit dem Hinweis, daß die politisch organisierten Bauern 1918 bei der Rechten gestanden hätten, daß ein Bürgerkrieg das erschöpfte Oesterreich in den Abgrund gestoßen hätte.

Die Wirtschaftskrise hat in Oesterreich bereits 1926 begonnen. Seit dem Jahr steht die Frage des Faschismus zur Diskussion, zuerst in der „alpinen Form“ der Heimwehren. 1929 sei der erste Angriff der Heimwehren auf die Verfassung abgewehrt, 1930 seien sie in der Wahl mit dem Stimmzettel vernichtend geschlagen. Aber die neue wirtschaftliche Erschütterung, die mit dem Zusammenbruch der Boden-Kredit-Anstalt einsetzte, habe dazu geführt, die straffere, preußische Form des Faschismus einzuführen, in Gestalt des Nationalsozialismus. Die Aktionsunfähigkeit des deutschen Reichstages, das Versagen also der gesetzgebenden Gewalt, habe die Macht in die Hände der ausführenden Gewalt abgleiten lassen. Diese „deutsche Tragödie drohe nun

in Oesterreich zur grotesken Parodie

zu werden, Parodie darum, weil in Oesterreich weder das Parlament arbeitsunfähig sei, noch eine Junkerkaste oder eine Schwerindustrie bestehe, die diese neue Spielart des Faschismus mit Macht ausstatten könne. Der kleine Dollfuß werde vergeblich versuchen, den großen, oder besser gesagt, den langen Papen zu spielen. Bauer erklärte,

der Angriff auf die Demokratie, wie er von diesen Diktatoren aus drohe, könne mit den Mitteln des Parlamentarismus in gleicher Weise abgewehrt werden, wie dies dem Heimwehrafaschismus gegenüber gelungen sei.

Jede Regierung, in der Faschisten säßen, würde die SPOe mit der schärfsten Opposition bekämpfen.

Aber die Partei sei sich bewußt, daß das parlamentarische Mittel allein auch den ersten Sieg nicht errungen hätte. Hinzugekommen sei die Entschlossenheit des österreichischen Proletariats, einem gewaltsamen Angriff auf die Demokratie Gewalt entgegenzusetzen.

Die Drohung, die von dieser Arbeiterschaft ausgegangen sei, habe damals die Demokratie gerettet.

Ihm sei daher auch diesmal nicht bange um den Ausgang.

Aber die vernichtende Niederlage der deutschen Bruderpartei am 20. Juli? Diese Niederlage sei zuzugeben, doch sei sie bedingt durch die Lage des in sich zerrissenen deutschen Proletariats. Die österreichischen Arbeiter könnten geschlossen jeden Angriff zurückweisen, sobald sie dazu bereit wären.

Gähnende Leere um die Regierung.

Hk. Papens Versuch, durch freundlich klingendes Zureden einige große Parteien zur Unterstützung seiner Politik zu bewegen, ist am Bußtag so sehr mißglückt, daß

die Frage des Rücktritts der gesamten Reichsregierung jetzt sogar von Papen als eine zulässige, auf der Tagesordnung stehende Frage anerkannt wird.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

hatte am Dienstag einstimmig beschlossen, sich — trotz Papens Einladung — nicht mit ihm zu unterhalten, und hat den Rücktritt der Regierung Papen gefordert.

Hitler ist nicht erschienen,

hat auch keinen Vertreter und bisher auch keine schriftliche Erklärung an Papen geschickt.

Lediglich die Zentrumsführer Kaas und Joos und Schäffer von der Bayerischen und Dingeldey von der Deutschen Volkspartei sind zu den Bußtags-Besprechungen bei Papen erschienen.

Die Zentrumsführer haben eine Mitarbeit unter Papen abgelehnt.

Zur Unterstützung eines Präsidialkabinetts unter anderer Führung ist das Zentrum bereit, will aber über die Verwirklichung eines solchen Plans nur mit Hindenburg verhandeln. Die Stellung der Bayerischen Volkspartei ist ähnlich ausgefallen. Nur Dingeldey hatte Herrn Papen ein positives Wort zu sagen.

Papen ist durch dieses schlimme Ergebnis selbst in seiner stärksten Seite, dem Eisenbahnfahren, unsicher geworden und läßt mitteilen:

„Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der heutigen Parteiführerbesprechungen es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.“

Kreise der Wirtschaftsführer,

wie sie in den „Deutschen Führerbriefen“ ihr Sprachrohr finden, verlangen eine Regierungsführung, die sich mit dem Parlament verständigt und sich eine Massenbasis verschafft; eine nochmalige Reichstagsauflösung — dieser Gedanke wird in den „Führerbriefen“ ausgeführt — würde den Unsicherheitsfaktor in der politischen Entwicklung vergrößern und damit das Vertrauen zerstören, das die kranke Wirtschaft braucht. So würden dem Radikalismus Chancen geliefert werden, umso mehr, als man von Seiten der Wirtschaft mit einem schweren Winter rechnen müsse.

Wer heute zur Anwendung revolutionärer Mittel rate, übersähe, daß wir nicht in einer revolutionären, sondern in einer konterrevolutionären Epoche lebten. Wie ein Fels im Meer rage die österreichische Demokratie inmitten der faschistischen Umklammerung heraus.

Die Verteidigung der Demokratie sei keine lokale österreichische Angelegenheit, sondern die Mission, die die österreichischen Genossen zu gunsten der demokratischen Freiheiten der Arbeiterklasse auszuüben hätten. (Brausender Beifall.)

Bauer wandte sich hiernach dem Vorwurf zu, daß diese Demokratie auf einem anderen Gebiete versage: sie sei nicht mehr imstande, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen.

„Können wir die Naturgesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stürzen?“

rief er emphatisch aus. Bourgeoiserepublik sei Bourgeoiserepublik. Die Partei habe das Aeußerste herausgeholt zur Bereitstellung finanzieller Hilfsmittel im Interesse der Arbeitslosen, aber die Gesetzgebung spiegele oben die realen Machtverhältnisse wider; noch sei der Kapitalismus nicht gestürzt, es gelte, die Entwicklung abzuwarten,

es gelte, sich bereit zu halten für den drohenden Zusammenbruch der bisherigen Ordnung.

Hier liegt der ernstere Hintergrund dieser Regierungskrise.

Im Bayerischen Landtag haben sich die Nazis mit der Bayerischen Volkspartei ausgesöhnt.

(Ihr Streit rührte von einer Radausitzung im Sommer her, in deren Verlauf der Landtagspräsident Stang die Nazi-Fraktion für 20 Vollsitzungen ausgeschlossen hatte.) In einer Aeltestenratssitzung am Mittwoch sagte Stang, es sei jetzt angezeigt, einen Strich unter die Sache zu machen, wenn die Nationalsozialisten die noch schwebende Klage (gegen Stang) beim Staatsgerichtshof zurückziehen. Die Nazis haben sich dazu bereit erklärt. Eine Art Notgemeinschaft gegen den autoritären Kurs von Berlin bahnt sich hier an.

Die Gerüchte über Verhandlungen zwecks einer Regierungsbildung mit den Nazis werden aber von der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ dementiert: zur Zeit sei die Bayerische Volkspartei voll damit beansprucht, an der Schaffung gesicherter Regierungsverhältnisse im Reich mitzuarbeiten.

In der nationalsozialistischen Korrespondenz vom Mittwoch fällt der achtungsvolle Ton gegenüber Hindenburg auf:

Für den Generalfeldmarschall als Träger eines historischen Namens werde es nicht gleichgültig sein, ob unter seiner Präsidialherrschaft der nationalen Freiheitsbewegung die Wego geubnet oder statt dessen der Bolschewismus großgezogen würde. Wenn der Reichspräsident sich nicht von dem verhängnisvollen Rezept des Herrn von Papen distanzieren, dann werde ihn die Dynamik des Geschehens in eine historische Verantwortung hineinziehen, die jeder gute Deutsche dem Generalfeldmarschall ersparen möchte.

Die Nazis wollen also wohl zu einer Verständigung mit Hindenburg gelangen.

In der am Donnerstag morgen von 11 bis 13.45 Uhr abgehaltenen Kabinettsitzung ist noch immer nicht die Demission des Kabinetts beschlossen worden. Vielmehr will Papen um 17 Uhr erst noch Hindenburg Vortrag halten.

Da aber das Kabinett von allen wesentlichen Parteien außer der Hugonbergs abgelehnt wird, muß man damit rechnen, daß Hindenburg Herrn von Papen zureden wird, zu gehen.

Wer diese Bereitschaft fordere, müsse heute Stellung nehmen zur Einheitsfront. Bauer bejahte das Verlangen nach Herstellung der internationalen Solidarität des Proletariats. Eine Reihe von Anträgen an den Parteitag zeigten, daß die österreichischen Arbeiter von der eigenen Partei die Initiative erwarten, die Verbindung zwischen der II. und der III. Internationale aufzunehmen. Bauer forderte strikte Ehrlichkeit für solche Schritte, keine Angebote, deren zu erwartende Ablehnung nur zu neuen Entfremdungen Anlaß böten.

Er selber verfolge seit 12 Jahren die Politik der Komintern, stets auf der Lauer, die Hand zu reichen, sobald in Moskau auch nur ein Ansatz zur Verständigung ans Licht trete. Er warte seit 12 Jahren vergebens.

Aber der Kampf der Komintern gegen die Sozialdemokratie werde sich eines Tages schwächer zeigen als die geschichtliche Notwendigkeit:

Entweder werde die Bundesgenossenschaft, die das Weltproletariat Sowjet-Rußland erweisen werde bei einem Angriff des Imperialismus auf den Arbeiter- und Bauernstaat den historischen Augenblick der Vereinigung der II. und III. Internationale herbeiführen, oder es werde Sowjet-Rußland gelingen, einem Krieg zu entgehen und seiner inneren Schwierigkeiten so Herr zu werden, daß es die Parteidiktatur abschafft; dann werde die Werkkraft des siegreichen sozialistischen Staates die Einigkeit des Proletariats vollziehen;

genau wie die Diktatur der Jakobiner ohne Nachahmung dieser Methoden in anderen Ländern den Siegeszug der bürgerlichen Demokratie eingeleitet habe.

Bauer schloß mit dem Hinweis, daß kein Kleinmut am Platze sei.

Die Endblamage des kapitalistischen Systems stehe bevor.

Das Wort vom Linzer Parteitag, der Kapitalismus habe seine Stabilität verloren, bestehe zu Recht. Diese Entwicklung ginge auch ohne die österreichische Arbeiterschaft ihren Gang. Deren besondere Mission innerhalb dieses Prozesses sei es:

Jetzt die Demokratie aufrecht zu erhalten, um, wenn der Tag komme, deren Form zu erfüllen mit dem Inhalt des Sozialismus.

Minutenlang, stürmischer Beifall bei den 500 Delegierten, die die österreichische Sozialdemokratie in diesen Tagen vertreten haben. Der Genosse Otto Bauer hatte die Linie festgehalten, die die Partei seit ihrem Bestehen verfolgt. Wenn ich gestern noch die Erwartung, die im Saal herrschte, dahin deutete, daß die Delegierten und Funktionäre wissen wollten, ob die Stunde der revolutionären Aktion gekommen sei, ob sie zum Gegenangriff antreten sollten gegenüber dem Faschismus, so zeigten heute die Ovationen, die Bauer nach seiner Rede empfing, und die nachfolgenden Diskussionen, daß die Genossen, die hier im Saal vertreten waren,

die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Klassengegner hinausschieben, wenn nicht endgültig vertagen wollen.

Die Überlegungen, die die österreichischen Genossen zu diesem Ergebnis führen, beruhen teils auf den besonderen Erfahrungen, die die politische Lage der österreichischen Arbeiterschaft kennzeichnen, teils — wenigstens bei Bauer — auf dem ungebrochenen Glauben an die Wahrheit der marxistischen Gesellschaftslehre.

Wenn sich das kapitalistische System in seiner Endkrise befindet, wenn die Erscheinungen des heutigen Ueberbaues „Auflösungserscheinungen“ sind — wie Bauer sagt —, wenn rings um Österreich herum der bedrohte Kapitalismus zur Verzweiflungsabwehr des Faschismus greift, Oesterreich einerseits einem machtlosen Klassengegner gegenübersteht, in seiner eigenen Arbeiterschaft aber eine geschlossene sozialistische Front besitzt, warum soll es nicht, wie auf einer Insel der Freiheit, das Banner der demokratischen Rechte hochhalten und sich die Schrecken der Revolution ersparen?

Wenn — das ist das Eine!

Ich wohne in einem Arbeiterviertel in Wien. Das graue Elend dieser Bevölkerung, dieser Frauen, Kinder und arbeitslosen Männer übersteigt, schon auf den bloßen Augenschein hin, weit das Maß an Armut, das wir in deutschen Städten täglich sehen. Wer dazu weiß, daß die wirtschaftliche Lage Oesterreichs einer völligen Bluteere gleichkommt, daß diese Lage gelassen angesehen wird von den Gläubigermächten, die

in Genf über dieses Land bestimmen, der zweifelt daran, daß die Auflösungserscheinungen just beim Kapitalismus am grellsten in die Augen fallen, den beschleicht das grauisige Gefühl,

daß hier ein Land stirbt, und daß das Sterben im Proletariat beginnt.

Demokratische Freiheiten! — Das ist das Andere!

Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit! Was sollen diese Güter, die wie die Theorie richtig lehrt, zu den Grundrechten eines Volkes gehören, was sollen sie den Millionen, die keine Zeitungen kaufen können, keine Tarikkämpfe zu führen haben, die zu verzweifelt, zu abgestumpft sind, um in Versammlungen Worte zu hören?

Aber doch eine glückliche Insel, in der Otto Bauer und seine Genossen, die Funktionäre der Partei, die Rechte der Arbeiterschaft verteidigen!

Und wenn die faschistischen Nachbarstaaten Oesterreich berennen, wenn Frankreich aus politischen Gründen den Anschluß, auch nur den Zollanschluß, an Deutschland verweigert? Oder wenn die Christlich-Sozialen, die Machthaber im eigenen Land — wozu in die Ferne schweifen? — die Heimwehr-Futschisten zu Ministern der Sicherheit machen? — Auch dann noch bleibt die „Demokratie“ unentwegt der beste Kampfboden?

Otto Bauer sagt: ja! Bis heute: ja! „Drohungen mit Gewaltanwendung und Versuche zur Furchteinflößung der Bourgeoisie“ verleiten dazu, „den ersten Schritt weg vom Boden der Demokratie zu tun“. Dieses Verlassen „schafft jene Atmosphäre des Mißtrauens und der Halbheit, die der reaktionären Propaganda zur Diskreditierung der Demokratie den Boden bereitet“. Das steht in einem Artikel Otto Bauers, den er an einer anderen Stelle, in der November-Nummer einer sozialistischen Monatszeitschrift, veröffentlicht hat.

Otto Bauer, der an diesem Tag seine Genossen so oft vor Illusionen warnte, hat selber in seiner Rede zwei gefährliche Illusionen genährt: die Illusion von der tödlichen Schwäche des kapitalistischen Systems und der befreienden Kraft der Demokratie. Es tauchte nicht der Schatten einer Überlegung auf, daß diese befreiende Kraft den Reaktionären weit mehr zum Leben verhelfen hat als den Sozialisten, ja, daß die Widererstarkung der reaktionären Mächte gerade zur tödlichen Schwächung der Demokratie und des auf sie vertrauenden Sozialismus führen kann.

Die geeinte österreichische Arbeiterschaft, — ein seltenes Gut innerhalb des Weltproletariats — hinter der geschlossenen der Schutzband steht, hätte heute von ihrem Führer mit einer anderen Mission betraut werden sollen als der, innerhalb einer Klassenkampfgesellschaft demokratische Freiheiten zu verteidigen. Er hätte die Kräfte abmessen sollen, wie weit sie zum Angriff taugen gegenüber einem Gegner, dessen Uebermacht er — nach seinen eigenen Worten — nicht fürchtet, dessen Uebergriffe aber längst ausreichen, ihm das Existenzrecht endlich und endgültig zu nehmen.

solcher Punkt, an dem der französische Plan Gleichberechtigung zu versprechen scheint, sich aber in Wahrheit alles vorbehält.

Der nächste: Beschränkung der nationalen Armeen unter dem Gesichtspunkt, eine Angriffspolitik der Staaten schwierig zu machen. Der unfruchtbare Streit um den Unterschied von Angriffs- und Verteidigungswaffen wird damit von neuem in die Genfer Diskussion geworfen, jetzt nur mit dem erschwerenden Zusatz, daß bei Waffengattungen und militärischen Organisationsformen nur in bezug auf einen bestimmten Staat gefragt werden soll, ob sie Angriffs- oder Verteidigungscharakter haben. Der voraussichtliche Erfolg: Die letzte Hemmung der verhandelnden Staatsmänner wird fortfallen, für den eigenen Staat als Verteidigungsmittel in Anspruch zu nehmen, was sie dem Konkurrenten als Angriffsmittel verbieten.

Weiter: Die Feststellung des Angreifers durch Mehrheitsbeschluß im Völkerbundrat. Das Mißtrauen meldet sich: Wer hat diese Mehrheit? Frankreich und seine Verbündeten?

Ein dunkler Punkt sind die dem Völkerbund überwiesenen Depots schwerer Waffen. Aufrüstung ist nach dem französischen Plan ausgeschlossen. Für diese Depots kommen also nur die schon jetzt vorhandenen schweren Waffen in Frage. Von einer neuen Verteilung dieser Waffen unter den vertragsschließenden Staaten ist nicht die Rede. Es wird also voraussichtlich alles beim Alten bleiben; denn dafür, daß die Unterstellung der Depots unter den Völkerbund die Verfügungsgewalt der nationalen Regierungen über diese Waffen wirksam beschränkt, ist in dem französischen Plan nicht die geringste Garantie gegeben.

Endlich: Die Beschränkung des Hauptabkommens auf die europäischen Staaten gibt Frankreich den Vorwand, seine Luft- und Seestreitkräfte den unmittelbaren Zugriffen der Abrüstungskonferenz zu entziehen.

Nicht das ist an diesen Punkten das Bedenkliche, daß sie darauf abzielen, die herrschende Ungleichheit in den Rüstungen der europäischen Staaten zu erhalten. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß die deutsche Forderung nach militärischem Gleichgewicht unter den Staaten nur eine Gefährdung des Friedens bedeutet und darum rechtlich unhaltbar ist. Es ist kein Schade, wenn die schweren Angriffswaffen Deutschland nach wie vor entzogen bleiben; das gilt selbst abgesehen davon, was in den andern Staaten aus diesen Waffen wird. Ungeheuer gefährlich dagegen ist die Heuchelei, die dem französischen Plan zu Grunde liegt. Sie kann nur dazu dienen, die berechtigten französischen Sicherheitsansprüche und besonders die Idee einer internationalen Sicherung des Friedens zu diskreditieren und das Stichwort zum Wettrüsten zu geben.

Zürcher Kantonsrat gegen die „Soldateska“.

Im Zürcher Kantonsrat gelang es den Sozialdemokraten und Kommunisten, da die Rechtsparteien nicht so pünktlich erschienen waren, gleich zu Beginn der Sitzung eine Protestaktion gegen das Vorgehen der Soldateska in Genf durchzubringen. Als die bürgerlichen Abgeordneten dann von der Resolution unterrichtet wurden, verlasen sie eine Gegenerklärung, in der sie sich gegen den Ausdruck „Soldateska“ verwahrten. Die Arbeiterparteien überfüllten den Saal und verließen dann geschlossen den Saal.

Die „Aufklärung“ des Lausanner Attentats.

Obwohl die Lausanner Polizei immer noch erklärt, kein Licht in die Frage der Urheberschaft des Bombenattentats vom vorigen Sonntag gebracht zu haben, richten sich die geführten Untersuchungen weiter gegen Kommunisten; von denen bisher 45 verhaftet worden sind. Die Tatsache, daß sich „ein maßgebender ausländischer Kommunistenführer in den letzten Tagen in Lausanne aufgehalten hat“, wird als Beweismaterial gegen die Kommunisten gewertet.

Die dänischen Grenzen für Trotzki geöffnet — für acht Tage!

Trotzki hat die Erlaubnis erhalten, für acht Tage nach Dänemark zu reisen, um dort den sozialdemokratischen Studenten einen Vortrag über die Entstehung des Sowjetstaates zu halten. Er wird seinen Aufenthalt in Dänemark dazu benutzen, mit den Führern der westeuropäischen Trotzkiengruppen in Fühlung zu treten. Die dänische Regierung hat ihn verpflichtet, das Land nach einer Woche wieder zu verlassen. Er wird jedoch, wenn er dort ist, den Antrag stellen, in Dänemark bleiben zu dürfen, da das Klima der Türkei seiner Gesundheit schade.

USA zur Kriegsschuldenregelung.

Amerikanische Finanzkreise sind zum Teil für eine Herabsetzung der Kriegsschulden, weil sie befürchten, daß die Schuldnerländer sonst ein Moratorium erklären könnten, von dem vielleicht auch private Schulden ergriffen sein würden. Die Entscheidung hängt aber vom Kongreß ab und bisher haben sich alle erreichbaren Kongreßmitglieder gegen jedes Zugeständnis in der Kriegsschuldenfrage ausgesprochen. Auch die Hearst-Presse, die Roosevelt in der Wahlpropaganda unterstützt hat, ist gegen Kompromisse. Hoover scheint für eine Verlängerung des Moratoriums zu sein. Roosevelt schwieg, da er vor März mit der Politik nichts zu tun haben will. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, wie vor dem 15. Dezember, dem Fälligkeitstermin der nächsten Schuldenrate, eine Entscheidung zustande kommen soll.

Aus New York wird gemeldet, daß das Kabinett Hoover beschlossen habe, die Stundungsgesuche der europäischen Schuldnermächte abzulehnen.

Ein Mißtrauensantrag gegen de Valera, der im süd-irischen Parlament von der Cosgrave-Partei eingebracht wurde, ist mit den Stimmen der Republikaner und Arbeiterpartei abgelehnt worden.

In Nordirland, das noch zu Großbritannien gehört, ist die Bewegung gegen England auch stärker geworden. Der Prinz von Wales, der zur Eröffnung des Landtages nach Belfast gefahren ist, wurde dort in den Straßen mit großem Protest empfangen. Für den Prinz sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Die verratene Abrüstungskonferenz.

Zur Veröffentlichung des französischen Plans.

S. H. Wochenlang ist der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan ein Gegenstand des Streits für seine geistigen Väter, ein Gegenstand der Neugierde, der Hoffnungen und Befürchtungen für die wartende und herumeratende Außenwelt gewesen. Jetzt endlich, nach unzähligen Auszügen, Andeutungen und unverbindlichen Inhaltsangaben, die von verschiedenen Seiten veröffentlicht worden sind, liegt der genaue Wortlaut des Textes vor. In den Einzelheiten der Vorschläge bringt er keine Überraschungen; die Darstellung, die Paul-Boncour am 4. November in Genf von den Gedankengängen des Plans gegeben hat („Funke“ Nr. 262), nennt bereits die entscheidenden Punkte. Und doch lohnt es, den Plan selber vorzunehmen. Denn mehr als in allen bisherigen Zusammenfassungen werden hier die Narben sichtbar, die dieses Werk im Kampf zwischen der Regierung und dem Generalstab davongetragen hat.

Aus der Einleitung:

Die Lehren der bisherigen Genfer Abrüstungsverhandlungen sind nach dem französischen Plan:

1. „Es ist bewiesen, daß die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und der Durchführung der für ein gemeinsames Vorgehen auferlegten internationalen Verpflichtungen zu vereinbarende Mindestmaß nicht gefunden werden kann, wenn nicht, wie dies im Artikel 8 des Völkerbundsabkommens vorgesehen ist, der geographischen Lage und den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Staates sowie der Kontinente Rechnung getragen wird.“

2. „Auf dem Gebiet der Abrüstung und dem der Sicherheit müssen die Fortschritte parallel laufen.“

3. Der Hoover-Plan, dem sich der französische Plan anschließen, gehe aus auf eine „Stärkung der Sicherheit durch Herabsetzung der Angriffskräfte“. Wie die in Genf aufgetretenen Schwierigkeiten gezeigt haben, handelt es sich weit weniger darum, zu prüfen, ob dieses oder jenes Material für den Angriff verwendbar ist, als vielmehr darum, die Form der Militärorganisation zu bestimmen, die innerhalb eines bestimmten Gebietes und unter bestimmten politischen Bedingungen eine Angriffspolitik eines Staates schwierig machen würde. Sobald diese Feststellung gemacht ist, müssen die verschiedenartigen Armeen in den vorgesehene Gebieten fortschreitend auf einen gemeinsamen Typ gebracht werden.“

Auf diesem Weg — und allein auf ihm — glaubt die französische Abordnung der deutschen Gleichberechtigungsforderung gerecht werden zu können, und zwar „unter Ausschluß jeder Aufrüstung“.

Die Konsequenzen.

Die ersten beiden, sehr kurzen Kapitel skizzieren den Plan eines Abkommens für alle an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten. In Anlehnung an den Kellogg-Pakt und das Völkerbundsstatut sollen gemeinsam zu ergreifende Maßnahmen gegen einen Friedensbrecher beschlossen werden.

Das Schwergewicht des Plans liegt auf dem für die europäischen Staaten vorgesehenen Abkommen (3. Kapitel). Dieses Abkommen soll zunächst politische Bestimmungen umfassen, die darauf hinauslaufen, im Kriegsfall den Angreifer festzustellen — auf Grund des Berichts von Ausschüssen, die in jedem Staat eingerichtet werden, und der Entscheidung des Völkerbundsrates — und ihn durch Militärkräfte, die zu diesem Zweck bereitstehen, in seine Schranken zu verweisen.

Wichtig ist bei diesen Bestimmungen: „Die Entscheidung des Völkerbundsrates wird ... mit Stimmenmehrheit gefaßt.“

Daneben treten die militärischen Bestimmungen. Sie haben zum Ziel:

„1. Eine Herabminderung des Angriffsscharakters der nationalen Kräfte entsprechend den Grundsätzen des amerikanischen Vorschlags vom 22. Juli 1932.“

2. Aussonderung bestimmter Einheiten zum Zwecke eines sofortigen gemeinsamen Vorgehens, entsprechend dem Absatz 1 des Artikels 8 und dem Absatz 2 des Artikels 16 des Völkerbundsabkommens.“

Die nationalen Verteidigungsarmeen sollen „auf den Typus einer Nationalarmee mit kurzer Dienstpflicht und beschränktem Effektivbestand“ gebracht werden, wobei die zahlenmäßige Begrenzung der Truppen und die Dauer der Ausbildung „unter Berücksichtigung der allgemeinen geographischen und besonderen Lage jedes Landes“ festgelegt wird.

„Für die nationalen Armeen der vertragschließenden Mächte ist mindestens alles bewegliche wirksame Kriegsmaterial, insbesondere das einen Angriff auf ständige Befestigungen erlaubende Kriegsmaterial verboten (weittragende Artillerie und schwere Tanks).“

Die Anfänge des Völkerbundsheeres:

„Jede vertragschließende Macht hält ständig bestimmte Kontingente für das gemeinsame Vorgehen des Völkerbundes diesem zur Verfügung, und zwar eine beschränkte Zahl besonders gekennzeichnete Einheiten, die aus Truppen zusammengesetzt werden, die eine mehr oder weniger lange Ausbildungszeit hinter sich haben und die über wirksames Kriegsmaterial verfügen, das den nationalen Armeen verboten ist.“

Das den nationalen Armeen verbotene Landkriegsmaterial wird bei jedem vertragschließenden Staat unter internationaler Kontrolle aufbewahrt.

Das Kriegsmaterial der vertragschließenden Staaten soll einheitlich beschaffen sein; seine Fabrikation wird international kontrolliert.

Die letzten beiden Kapitel stellen fest, daß die See- und die Luftstreitkräfte „naturgemäß durch ein derartiges System nicht berührt“ werden. Die Abrüstungspläne, die hier vorgesehen sind, werden nur sehr vage angedeutet.

Durchführung in Etappen.

„Sämtliche Teile dieses Planes bilden, wie noch einmal erinnert werden muß, ein solidarisches Ganzes. ... Dieser Plan kann jedoch nur in Etappen durchgeführt werden. Jede dieser einzelnen Etappen gründet sich auf die Erfahrungen der vorhergehenden Etappe. Somit hängt der Erfolg von dem Fortschritt des Vertrauens ab, das zwischen den Völkern wieder hergestellt werden muß, und von der loyalen Durchführung. ...“

Zwischen Herriot und den Generälen.

Was will der Plan? Offenbar zweierlei: Der deutschen Gleichberechtigungsforderung so weit entgegenkommen, daß den Deutschen der Grund entzogen wird, von Genf weiterhin fernzubleiben, und trotzdem von der militärischen Machtstellung Frankreichs nichts preisgeben; kurz, er will die politischen Absichten der Regierung mit dem militärischen Starrsinn abrüstungseindlicher Generäle verbinden. Das Ergebnis dieses Versuchs: Ein unwahrhaftiges Gebilde, das unter dem Schein einer gerechten Verteilung der Lasten und Rechte den Verhandlungspartnern Fußangeln legt, um sie den eigenen Absichten zu unterwerfen.

Die Organisierung der nationalen Armeen, die einen „gemeinsamen Typus“ haben, aber den besonderen politischen Bedingungen jedes Staates angepaßt sein sollen, ist ein

Im Mittelpunkt: Der Arbeitslose. (Vom Parteitag der SPOe.)

M.S. Wien, 16. November. Die österreichische Arbeiterschaft verdankt ihre Einheit ganz offenbar dem staatspolitischen Teil des sozialdemokratischen Programms — nicht dem wirtschaftspolitischen. Das konnte nicht besser illustriert werden als durch diesen Parteitag, an dem die beiden Hauptreferate dem Thema: Diktatur-Demokratie einerseits und den Wirtschaftsfragen andererseits gewidmet waren.

Otto Bauers große Rede am Montag löste eine Debatte aus, die mit wenigen Unterbrechungen und mit starker Anteilnahme den Kampf um das Recht der Demokratie in den Vordergrund schob.

Die Diskussion ging nicht in die Tiefe; sie berührte, wie nicht die Fragwürdigkeit der Demokratie, die Unverträglichkeit des Festhaltens am Ideal des Sozialismus mit dem gleichzeitigen Anerkennen des Majoritätsprinzips; sie bemühte sich nicht darum (vielleicht aus Höflichkeit gegenüber der deutschen Bruderpartei), die Erfahrungen in Preußen-Deutschland ernsthaft und kritisch zu würdigen. Aber doch spürte man in allen Aussprachen eine innere Auseinandersetzung mit der Rede Bauers, mit der Frage: sind wir mit der Verteidigung der Demokratie noch auf dem richtigen Weg? Ist es nicht an der Zeit, die Gewaltanwendung schärfer ins Auge zu fassen? Haben wir ein Recht, nur die Demokratie zu verteidigen? Haben wir nicht auch das Recht oder sogar die Pflicht, den Kapitalismus anzugreifen?

Die Rede Renners über die Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks und die Aufgaben der Sozialdemokraten fand in der mehrstündigen Debatte, die dieser Rede folgte, so gut wie keine Beachtung.

Das lag gewiß nicht nur daran, daß er seine lange Rede vorlas, und viel zu schnell; erst recht nicht daran, daß das Thema unaktuell gewesen wäre, — es lag einfach daran, daß die kapitalistische Wirtschaftsform, die hier zur Kritik stand, und die Planwirtschaft, die Renner an ihre Stelle setzen will, beide in ihrer Struktur so schwer zu durchschauen sind, daß eine solche Debatte bestenfalls von geschulten Sachkennern mit Nutzen geführt werden kann.

Der sozialistische Arbeiter braucht auch im Grunde keine Rede über die kapitalistische Politik der Bürgerklasse. Er weiß, daß er mit dieser Politik schon ihrer Wirkungen wegen Schluß machen sollte, ob ihre Mängel in der Devisenwirtschaft, in der Zollpolitik, in den Eisenpreisen oder sonst wo liegen, interessiert ihn nicht. Was ihn interessiert, ist die Arbeitslosenfrage, sie in erster Linie, und das mit vollem Recht! Selbst die Planwirtschaft, diese ferne Zukunftswirtschaft (die er im übrigen für völlig richtig hält), mit Bankenkontrolle, Außenhandelsmonopolen und dem ganzen Apparat, der dann aufgebaut werden soll, ist für ihn nicht greifbar, und darum für ihn zur Debatte nicht tauglich.

Da Renner von den Aufgaben sprach, die seine Partei morgen lösen wird, wenn sie die Macht im Parlament erobert haben würde, die Delegierten aber von den Aufgaben sprachen, die die Partei heute zu lösen hat — von der Sorge um die Arbeitslosen, um die Jugend —, so fehlte diesem Tag der einheitliche, tragende Gedanke; die Aussprache war nicht vorbereitet durch eine Rede, die die Schwere des Arbeitslosenproblems und seine heute möglichen Lösungen erörtert hätte, und die Rede wurde nicht vertieft, nicht lebendig gemacht durch das Echo aus den Reihen der Arbeiterschaft.

Weshalb fragen wir, warum das so war, warum Renner nicht auf die Not des Tages einging, warum er von der Kritik am Unternehmertum übersprang zur Gemeinwirtschaft der Sozialisten, so gab er selber — vielleicht ohne es wissen — die Antwort in einem einzigen Satz seines Schlußwortes, in dem Satz, in dem er davor warnte,

Versprechungen zu geben, die niemand heute halten könne.

In diesem kurzen Satz enthüllt sich die ganze Ohnmacht aller reformistischen Versuche, innerhalb des heutigen Systems die Lage der Arbeiterschaft erheblich zu erleichtern.

Wenn das aber so ist, wenn die Führer der SPOe dies selber erkennen, warum sprechen sie von der „Insel der Demokratie“, die heute verteidigungswert ist? Warum sagen sie dem Arbeitslosen nicht, daß sie, die Sozialisten, ihm innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht zu helfen vermögen?

Sie sagen es ihm nicht, weil sie dann nicht zur Verteidigung der Demokratie, sondern zum Angriff auf den Kapitalismus aufrufen müßten, weil sie dann nicht sprechen könnten von der Gewalt, die die Kapitalisten

eines Tages aufbieten werden, auf die dann die Arbeiter mit Gewalt antworten würden, sondern von der Gewalt, die sie heute aufbieten und die heute die Gegenwehr des Proletariats erfordert mit allen Mitteln, über die es überhaupt verfügt.

Es war richtig, was Seitz, der Vorsitzende des Parteitages, in seiner Schlußrede sagte, daß die beiden Hauptreferate zusammen gehörten. Er war auch richtig, daß er sagte, im Mittelpunkt der Tagung habe der Arbeitslose gestanden. Aber es war richtig in einem tieferen Sinn, als er es meinte. Die Rede Renners bot mit dem wirtschaftlichen Thema nicht nur eine Ergänzung zu dem politischen Referat von Bauer. Der 3. Tag des Kongresses ermöglichte eine Kritik des vorhergehenden Tages. Er zeigte, daß der bessere Teil im politischen Programm der österreichischen Arbeiterschaft nicht das ist, was Bauer zu verteidigen ver-

sucht, sondern das, was er heute noch nicht aufbieten will und was er doch einsetzen muß, wenn er das Elend seiner Klassengenossen brechen will. Wenn die Demokratie vor dem Los des Arbeitslosen, dem Zentralproblem jeder sozialistischen Partei, kapituliert, was hält die österreichischen Genossen ab, sich von ihr loszusagen und bewußt den kühneren Weg zu beschreiten, der der Gewalt Gewalt entgegensetzt?

Die starke Verbundenheit der österreichischen Arbeiter mit der Partei beruht auf dem revolutionären Element, das die österreichischen Arbeiterführer in das Parteiprogramm aufgenommen haben.

Dieses Programm verpflichtet! Erst Demokratie — dann Revolution? Wir schlagen eine andere Reihenfolge vor: erst Revolution — dann „Demokratie“; erst Zerschlagung der Fesseln — dann:

Freie Bahn den Werktätigen!

Wirkliche Anwälte des Rechts. Unentgeltliche Rechtsauskunft für Minderbemittelte.

Der Berliner Anwaltverein beschloß die Einrichtung von anwaltlichen Rechtsauskunftstellen für Minderbemittelte, weil es dem Gedanken des Rechtsstaates widerspreche, den wohlhabenden Teil der Bevölkerung bei der Rechtsverfolgung zu bevorzugen.

Die gegenwärtige Verkümmern der Rechte der verarmten Volksgenossen könne nicht länger ohne Widerspruch mit angesehen werden.

Die Auskunft soll über alle Gebiete unentgeltlich von Anwälten erfolgen. Mehrere hundert Rechtsanwälte, darunter auch anerkannte Größen, haben sich ehrenamtlich zur Verfügung gestellt.

Ein zweiter Beschluß des Berliner Anwaltvereins richtet sich gegen die durch die Anwendung der Armenrechtsbestimmungen erschwerte Rechtsverfolgung der Armenpartei. Es wurde Abänderung der gegenwärtigen Bestimmungen verlangt, die von dem Gericht dazu verwendet würden, vielfach ohne Hinzuziehung der Parteien und ihrer Anwälte nicht-cidliche Zeugenaussagen vorzunehmen und daraufhin durch Verweigerung des Armenrechts die Rechtsverfolgung unmöglich zu machen, während begüterte Parteien nach ihrem Ermessen ihr Recht verfolgen und ordnungsmäßige und sachgemäße Beweisaufnahmen erreichen können. Es wurde schließlich in dem Beschluß verlangt, daß ein das Armenrecht versagender Beschluß mit Entscheidungsgründen versehen werden müsse, um so Gelegenheit zu geben, durch Stellungnahme die Bedenken des Gerichts zerstreuen zu können.

Es ist hier in erster Linie auf die Verschlechterung der Bestimmungen durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 Bezug genommen, wonach das Armenrecht nur bewilligt werden kann, wenn der darüber entscheidende Richter annimmt, daß der Rechtsstreit Erfolgsaussichten hat! Eine Beschwerde gegen den das Armenrecht ablehnenden Beschluß des Berufungsgerichts ist ebenfalls nicht mehr möglich! Wir haben über diese Bestimmungen und das Armenrecht im allgemeinen in Nr. 12 des „Funken“ ausführlich berichtet.

Erstes Wiederaufnahmeverfahren gegen Fehlurteil eines Sondergerichts?

Das Düsseldorfer Sondergericht verurteilte am 10. Oktober den Kommunisten Altberg wegen politischen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung zu 16 Monaten Zuchthaus. Altberg wurde die Haupttäterschaft bei einem Ueberfall auf ein Düsseldorfer Weinrestaurant, in dem sich politische Gegner befanden, zur Last gelegt. Er hat in der Verhandlung ständig seine Unschuld beteuert. Nun hat die Kriminalpolizei eine Reihe neuer Verhaftungen vorgenommen; unter den Verhafteten soll sich der Haupttäter an dem fraglichen Ueberfall befinden.

Es wird also wahrscheinlich zum Wiederaufnahmeverfahren kommen, sodaß Altberg aus dem Zuchthaus Lüttringhausen, in dem er bereits sitzt, vielleicht wieder herauskommt.

Wieviel Verurteilungen durch die Sondergerichte mögen

ebenso unhaltbar sein wie dies Düsseldorfer! Denken wir an Schmidtke, Rothe und viele andere! Wie viele Zuchthausurteile beruhen einzig und allein auf nationalsozialistischen Zeugenaussagen! Daß in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Sondergerichtsjustiz bereits eine Wiederaufnahme nötig geworden ist, beweist die rechtliche Unzulänglichkeit der Sondergerichte, eine Unzulänglichkeit, die im Verein mit der brutalen Härte der Strafen zu einer groben Rechtsverletzung wird.

Fort mit den Sondergerichten! Fort mit der Zuchthaus-Verordnung! Heraus mit den Verurteilten!

Mit diesen Forderungen sind den Arbeiterparteien im neuen Reichstag wichtige Ziele angegeben.

Todesurteil gegen Links! Das erste ohne Terror-Notverordnung.

Das Chemnitzer Schwurgericht hat am Dienstag den 29jährigen Ferdinand Bartl wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem nationalsozialistischen Dentisten Krebeck zum Tode verurteilt.

Das ist seit der Blütezeit der Fememorde (1923), derentwegen ein paar Todesurteile gegen Rechtsradikale gefällt, aber nicht vollstreckt worden sind,

das erste Todesurteil, das wegen eines politischen Mordes ohne Anwendung der Terror-Notverordnung überhaupt gefällt worden ist.

Die Tat geschah in der Nacht zum 5. August, also in den erregten Tagen der nationalsozialistischen Attentatswelle, die sich über Ostpreußen, Schlesien und Holstein dahinzewälzte. Bartl war in Gemeinschaft mit einem unbekanntem Entkommenen in einem Chemnitzer Café. Dort kam es zu der Auseinandersetzung mit dem Nazi Krebeck, die damit endete, daß der Unbekannte den Krebeck erschoss. Bartl hat den unbekanntem Täter nicht verraten. Das Gericht hat dem Bartl den tödlichen Schuß nicht nachgewiesen; es hat aber den Angeklagten, der eine Schußwaffe gehabt hat, wegen gemeinschaftlichen Mordes verurteilt.

Es ist kennzeichnend, daß dieses erste Todesurteil gegen Links ausgesprochen worden ist. Dergleichen ist nicht vorgekommen in den vielen ähnlich liegenden Fällen nationalsozialistischer Morde. Wir bringen ein paar Fälle in Erinnerung:

1. Die Erstechung des Reichsbannermannes Wolf in Riesa im November 1931; er wurde in Begleitung eines Genossen auf der Straße von einer Gruppe Nazis überfallen. Höchststrafe: 2 Jahre 4 Monate Gefängnis.

2. Die Ermordung des schlesischen Kommunisten Bassy im Februar 1932; er wurde in seiner Wohnung von Nazis zunächst durch die Kammertür hindurch angeschossen und dann vor den Augen seiner Frau totgeschlagen. Höchststrafe: 3 Jahre 3 Monate Gefängnis.

3. Die Ermordung des Kommunisten Sterley in Teschendorf im Juli 1932; er wurde, als er allein auf dem Rade über die Dorfstraße fuhr, von Nazis mit Knüttel und Ochsenziemer totgeschlagen. Höchststrafe: 3 Jahre Gefängnis.

Das sind die zuletzt abgeurteilten Fälle, in denen Nazis politische Gegner Auge in Auge niedergemacht haben.

BRUNO GLUCHOWSKI HOHLEN-KULIS REVOLTE AN DER RUHR (31) COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

Weiter sagte der Inspektor nichts. Er gibt sich auf seinem Stuhl eine halbe Drehung, mustert dabei die Gruppe der Steiger, die mit unbewegten Gesichtern, in hellen Grubenanzügen, mit ledderner Kappe und der unvermeidlichen Meterlatte dastehen.

„Ich bitte um Vorschläge, meine Herren“, sagt er. Die Steiger schauten sich betreten an, in jedes Auge liegt die Aufforderung an den nächststehenden Kollegen, zuerst den Mund aufzutun. Aber keiner meldet sich. Die Blicke des Inspektors werden verächtlich, die der Steiger suchen den Boden, als wenn ihnen von dort aus Heil und Rettung käme.

„Ich würde vorschlagen, gegenüber dem Terror der Streikenden die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, Herr Inspektor“, sagt der Obersteiger.

„Ein altes Rezept, das ich hier nicht anwenden will, und das auch zu sehr nach Schwäche aussieht“, wird er vom Inspektor abgefertigt.

„Man soll es darauf ankommen lassen und die Streikenden aushungern“, sagt der Betriebsführer. „Wenn sie acht Tage ohne Geld und Lebensmittel sind, kommen sie von selbst und betteln um Arbeit.“

„Sie scheinen zu vergessen, daß uns dadurch pro Tag 3500 Wagen Förderung ausfallen. Auf die will ich nicht verzichten“, bekommt er als Antwort.

Steiger Küpper, den man unter Kumpels den Kohlenkönig nennt, weil er in seinem Revier die meisten Kohlen fördert und deshalb die dickste Nummer bei der Zechenverwaltung hat, drängt sich nach vorn.

„Was haben Sie zu sagen?“, fragt ihn der Inspektor.

„Ich würde vorschlagen, der Gewalt die List und Klugheit entgegenzusetzen, Herr Inspektor.“

„Und wie wollen Sie das bewerkstelligen?“

„Darf ich mir einmal den Grubenplan ansehen?“

„Bitte.“ Nachlässig lehnt sich der Inspektor in seinem Stuhl zurück, während Betriebsführer und Obersteiger giftige Blicke auf den Reviersteiger werfen, der es wagt, klüger zu sein, als sie, die nach dem Inspektor die höchsten Beamten und maßgebendsten Persönlichkeiten im unterirdischen Grubenbetrieb sind. Die Steiger aber stoßen sich mit den Ellenbogen an, als wollten sie sagen: „Sichst du, Kollege Soundso, der Kohlenkönig, der schwarze Hund, der macht sich wieder lieb Kind. Sollst mal sehen, ob der nicht in ein paar Monaten Fahrsteiger ist und uns dann dressiert.“

Steiger Küpper richtet sich aus seiner gebeugten Haltung auf, hält einen Finger der rechten Hand auf dem Grubenplan.

„An dieser Stelle wird es am besten gehen, Herr Inspektor. Ich würde dort den Sicherheitspfeiler, der unsere unterirdischen Anlagen gegen die zu unserem Konzern gehörige Zeche Morgenstern abgrenzt und abschließt, durchhauen lassen. Die Arbeitswilligen könnten dann auf Morgenstern anfahren und auf diesem Wege an die Betriebspunkte in unserer Grube gelangen. Da heute nicht genügend Leute angefahren sind, würde ich vorschlagen, daß wir Beamten diese Arbeit sofort in Angriff nehmen, damit morgen, spätestens übermorgen, die Kohlenförderung wieder in Gang käme. Unsere Vertrauensleute müßten die uns ergebenen und politisch wie gewerkschaftlich unorganisierten Kumpels mündlich davon benachrichtigen, daß sie wieder arbeiten können, sie werden dieser Aufforderung bestimmt Folge leisten. Von meinem Revier allein garantiere ich achtzig Prozent der Leute, die für die Arbeitsaufnahme in Frage kommen.“

„Der Inspektor ist von der Raffinesse und der Durchführbarkeit dieses Planes beglückt, läßt sich aber nichts anmerken.“

„Es freut mich, Steiger Küpper, daß Sie denselben Gedanken haben, den ich schon gestern, bei Empfangnahme des Streikbeschlusses, ausgedacht habe. Ich wollte nur sehen, inwieweit

meine Herren Beamten selbst Initiative und Entschlußkraft besitzen, um jeder noch so drohend scheinenden Lage Herr zu werden. Ich danke Ihnen. Wir werden sofort die Durchbruchsarbeiten in Angriff nehmen. Herr Betriebsführer, Sie werden die Aufteilung der Arbeit vornehmen. Die persönliche Leitung behalte ich mir selbst vor. Steiger Küpper, Sie bleiben noch hier. Die anderen Herren können gehen.“

Linksum kehrt, die Steigertruppe verschwindet. So ein Lump, so ein Schweinehund, sagen sie sich, der hat uns wieder mal richtig blamiert und als dämlich hingestellt, der Herr Kollege Küpper. Obersteiger und Betriebsführer aber sind äußerst zuvorkommend gegen den aufkommenden Rivalen, besprechen mit ihm die vorzunehmenden Arbeiten. Steiger Küpper aber ist mit sich selbst sehr zufrieden. Wieder einmal hat er bewiesen, wie unentbehrlich er ist. Bergmannsberuf, jawoll, wenn man ihn auch so verlästert, für einen tüchtigen Kerl sind Aufstiegsmöglichkeiten genug vorhanden. Auch er ist vor einigen Jahren noch ein einfacher Kumpel gewesen, aber dank seines Fleißes, seiner Zähigkeit und seines Ehrgeizes, der in der Wahl der Mittel zur Erreichung seines Zieles nicht von Gewissensbedenken belastet ist, hat er es schon bis zum Reviersteiger gebracht, und in ein paar Jahren wird er hier oder auf einer anderen Zeche des Niederrheinischen Bergwerkkonzerns Betriebsführer werden. Von da aus über den Inspektor bis zum Direktor aufzusteigen, wird ihm keine großen Schwierigkeiten machen.

Am Nachmittag veranstalten die streikenden Kumpels eine öffentliche Volksversammlung, in der die verschiedensten Kumpels über den Streik und die Streiklage sprechen. Kein Mann ist heute morgen angefahren, der Pütt liegt still, triumphierend kehrt es aus allen Reden als Schlußtendenz wieder. Betriebsrat Zielinski, den man zum Vorsitzenden des Aktionsausschusses und Streikkomitees gewählt hat, teilt mit, daß der Streik sich immer weiter ausbreitet, zählt die Zechen auf, die sich dem Streik angeschlossen haben. „Wir haben den Kampf aufgenommen, wir werden ihn siegreich zu Ende führen, wenn wir einig sind“, lauten seine Schlußworte, und die Kumpels geloben, auszuharren bis zum Ende.

(Fortsetzung folgt.)

Schlechte gewerkschaftliche Organisation verhindert Streikerfolg.

E. H. Der Streik der 28 Werkzeugschlosser bei der Firma Stübgen und Co. (Erfurt) ist nach über sechswöchentlicher Dauer abgebrochen worden und endete leider mit einem Mißerfolg der Arbeiter. Vor der Gesamtbelegschaft der Fabrik von etwa 170 Leuten, die anfangs geschlossen streikten, sind 29 Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Strecke geblieben, prozentual die meisten von den Werkzeugschlossern, die ursprünglich ihre Position für die stärkste hielten. Das Betriebsratsmitglied der Schlosser ist wieder miteingestellt worden. Auf eine arbeitsgerichtliche Entscheidung hat es die Firma Stübgen nicht ankommen lassen, da sie wahrscheinlich ihre Behauptungen, der Betriebsrat hätte Adressenmaterial zu Gunsten der Streikenden verwendet, nicht hätte beweisen können. Den Arbeitern wird laut Notverordnung der Lohn für die 31. bis 40. Stunde gekürzt.

Die Gründe für den Zusammenbruch des Streiks sind folgende: Abgesehen von den Werkzeugschlossern war das Organisationsverhältnis unter den Arbeitern und besonders unter den vielen Arbeiterinnen sehr schlecht. Da der Gewerkschaft nach ganz kurzer Dauer des Gesamtstreiks die Unterstützung des Streiks durch Verfügung des Arbeitsgerichtes verboten wurde, war die Widerstandskraft der Unorganisierten schnell gebrochen. Im Streik blieben nur noch die 28 gut organisierten Werkzeugschlosser, die außerdem noch mit ihrer schweren Ersetzbarkeit rechneten. Für die Dauer erwies sich aber die Streikbasis dieser 28 Arbeiter doch als zu klein. Der Firma Stübgen gelang es, nach und nach genügend Streikbrecher zu finden, die sich außer aus den Ingenieuren und Meistern der Firma aus Technikern der „Technischen Nothilfe“, aus abgebauten Ingenieuren, die meist Mitglieder gelber Verbände sind, rekrutierten. Die Firma hielt notdürftig ihren Betrieb

aufrecht. Durch technische Unzulänglichkeiten und durch die Notwendigkeit, die neuen Kräfte einzuarbeiten, werden der Firma Stübgen auch erhebliche Kosten entstanden sein; aber auch für sie war der Streik ein Machtkampf. Die Arbeiter hoffen, daß im Laufe der Zeit wieder einige der gemäßregelten Kollegen eingestellt werden, da nicht alle Streikbrecher ihre Posten ausfüllen können.

Arbeiter gegen Gesamtverband und „Vorwärts“.

Die Radfahrer des „Berliner Börsen-Couriers“ nahmen einstimmig folgende Entschliebung an: „Die am 13. November 1932 tagende Betriebsversammlung der Radfahrer des ‚Berliner Börsen-Couriers‘ spricht der Gesamtverbandsführung für ihr Verhalten während des Verkehrstreiks ihr Mißtrauen aus. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Schreibweise des ‚Vorwärts‘, der in seinen Artikeln eine wüste Hetze gegen die streikenden Arbeiter entfaltet. Wir fordern Wiedereinstellung der gemäßregelten BVG-Arbeiter sowie Freilassung der verhafteten und vom Sondergericht verurteilten Klassengenossen. Die Versammlung versichert ihre Solidarität mit den Entlassenen und beschließt, eine Geldsammlung durchzuführen.“

Für die Opfer des BVG-Konflikts. Eine Reihe von Schriftstellern, Künstlern und Vertretern anderer Berufszweige hat den Aufsichtsratsvorsitzenden der BVG in einem Schreiben gebeten, die Maßregelung von 2500 Angestellten und Arbeitern rückgängig zu machen. Das Schreiben ist unter anderem unterzeichnet von Käthe Kollwitz, Ludwig Renn, Arnold Zweig, Karl Emonts, Wieland Herzfelde, K. A. Wittfogel und den Professoren Ernst Nöbling, Franz Oppenheimer und Johannes Resch.

Wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Im Zusammenhang mit dem Lohnkonflikt bei den Alexanderwerken in Remscheid fand am 12. November eine Revisionsverhandlung vor dem Reichsarbeitsgericht statt. In dieser Verhandlung sollte auch über die von den Gewerkschaften behauptete Verfassungswidrigkeit der Verordnung vom 5. September zur sogenannten „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ entschieden werden.

Das Reichsarbeitsgericht hat die Lohnraub-Verordnung vom 5. September grundsätzlich für „rechtsgültig“ erklärt!

In der Begründung wird ausgeführt, der Artikel 165 der Reichsverfassung wolle nur die Rechtsinstitution des Tarifvertrages mit seinen typischen Normenwirkungen schützen, während die „Regelung der Einzelheiten“ Sache des Gesetzgebers sei. Um etwas anderes als um eine Regelung von Einzelheiten handle es sich aber bei der Verordnung vom 5. September 1932 nicht. Am Wesen der Unabdingbarkeit des Tarifrechts werde durch die Notordnungsvorschriften nichts geändert.

Durch diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts sind den Gewerkschaften als Tarifpartei wieder die Hände gebunden; sie können sich nicht mehr auf den Standpunkt stellen, infolge der einseitigen Verletzung des Tarifvertrages durch Notverordnung sei der Vertrag null und nichtig und die Gewerkschaft ihrerseits nicht mehr an den Vertrag gebunden, sodaß sie ihre volle Kampffreiheit wiedererhalte.

Mit dieser Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts wird der Willkür und einseitigen Vertragsaufhebung auf „legalem“ Wege Tür und Tor geöffnet.

Die Gewerkschaften sollten in diesem Zusammenhang die Frage des Kampfes gegen die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen, die erfahrungsgemäß den Arbeiterinteressen zumeist widerspricht, neu aufrollen!

„Der Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, schreibt zu dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts:

„Auch der Streit um die Verordnung vom 5. September ist eine Lehre dafür, daß man entscheidende Auseinandersetzungen im Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben allein mit juristischen Mitteln nicht führen und gewinnen kann.“

Der „Vorwärts“ drückt diese Feststellung der Christlichen Gewerkschaften ab und schreibt seinerseits dazu:

„Das ist durchaus unsere Auffassung. Deshalb haben auch die freien Gewerkschaften sich nicht auf die Arbeitsgerichte verlassen, sondern die Belegschaften zum Widerstand aufgefordert. Im großen und ganzen ist es auch gelungen, die neue Lohnabbauwelle abzustoppen. Die Unternehmer haben in ihrer überwiegenden Mehrheit schließlich darauf verzichtet, es zu Konflikten zu treiben, und haben von dem Recht, das ihnen die Notverordnung gibt, keinen Gebrauch gemacht. Diese Lehre werden sich die Christlichen Gewerkschaften hoffentlich nicht entgehen lassen.“

Leider hat der „Vorwärts“, als die BVG-Arbeiter die Lehre der Gewerkschaften, Widerstand zu leisten, befolgten; die BVG-Kollegen dann nicht unterstützt.

Unfall bei der Arbeit.

Am Dienstag vormittag brach auf der Hamburger Werft vor Barmbeck ein 100 Meter hoher Mast um und drei Arbeiter stürzten aus zehn Meter Höhe ab. Zwei von ihnen starben an der Unfallstelle, einer mußte mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Linemann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Einheitsfront-Kleinarbeit, Einheitsfront-Sabotage.

O. Th. Bei den sächsischen Gemeindevahlen am Sonntag marschierten die Arbeiterpartei im allgemeinen leider wieder getrennt auf, obwohl der kommunalpolitische Landesausschuß der SPD beschlossen hatte, wenigstens Listenverbindung mit der KPD einzugehen. Die KPD machte dieses Zusammengehen von 9 Forderungen abhängig, die so gestellt waren, daß sich der Einheitsfrontgedanke von vornherein wieder nicht verwirklichen ließ.

Nur in Orten, wo die Arbeiter noch eine eigene unverfälschte Meinung behalten haben und nicht bloß parteidoktrinär handeln, wo sie den Wert der Einheitsfront erkannt haben und wo sie sich nicht durch örtliche Zeitungsschmiererei bekämpfen und besudeln, gingen sie Listenverbindung ein.

Hierzu ein Beispiel aus einem Dorf in der Nähe Leipzigs: Es waren 11 Gemeindeverordnete zu wählen. SPD und KPD waren Listenverbindung eingegangen. Das Ergebnis war so, daß das elfte Mandat der vereinigten Arbeiterliste zufiel, während es ohne Listenverbindung der Auslosung zwischen der SPD und der NSDAP anheimgefallen, vielleicht also in die Hände der Nazis gelangt wäre.

Erfolg: Das Gemeindeparlament hat wieder eine linke Mehrheit, die bei der vorigen Wahl verlorengegangen.

Leider ist auch ein negativer Erfolg eingetreten: Der KPD-Genosse, der als Obmann die Listenverbindung einging, wurde aus seiner Partei ausgeschlossen.

(Vergleiche hierzu die Heuchelei der „Roten Fahne“ über „die Heiligkeit der Einheitsfront“.)

Streik in der Fischindustrie.

Die Unternehmer der Eckernförder Fischindustrie wollten zum sechsten Male innerhalb kurzer Zeit die Löhne senken, und zwar für die Männer um 5 Pfennige, für die Frauen um 6 Pfennige in der Stunde. Die Gewerkschaften und die Arbeiter der Betriebe haben sowohl die Forderungen der Unternehmer als auch einen Schiedsspruch, wonach der Lohn für Männer um weitere 2 Pfennig und für Frauen um 4 Pfennig gekürzt werden soll, abgelehnt und in geheimer Abstimmung fast einstimmig den Streik beschlossen.

Lohnsenkung bei der „Kölnischen Volkszeitung“.

Der Verlag der katholischen „Kölnischen Volkszeitung“, die Görres-Haus-A.-G., will die Löhne der Arbeiter und Angestellten des Verlags wegen des „schweren Niedergangs der Anzeigeneinnahmen“ herabsetzen.

Haussuchung beim kommunistischen „Ruhr-Echo“.

Aus Anlaß eines Verfahrens wegen Vorbereitung zum „Hochverrat“ ließ das Reichsgericht am Dienstag eine Haussuchung beim „Ruhr-Echo“ in Essen vornehmen.

Die dänischen Folketingswahlen

am Mittwoch haben die Lage der Regierungsparteien (Sozialdemokraten und Demokraten) nicht erschüttert. Unter den Oppositionsparteien haben die Konservativen zwar Stimmen und Sitze gewonnen; die Venstre-Partei hat aber größere Verluste erlitten, sodaß die Opposition, die vor allem von diesen beiden Parteien ausging, im Ganzen geschwächt ist. Zum ersten Mal ziehen dieses Mal die Kommunisten mit zwei Abgeordneten in das Parlament ein.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Engelsplatz 12.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg, Barcarstraße 6.
Telephon: 25 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserate!



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit **Klebmarken**
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebmarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 5,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zusätzlich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausbürger Weg 67.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**.
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt
Johannisbergstr. 16, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
17. November: Erde.
Ab 18. November: Uraufführung
Dassan, die Insel der 5 Millionen Pinguine
Beiprogramm: **Charlie Chaplin**.
Fox tönende Wochenschau
Jugendliche haben Zutritt!
Anlaufzeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Sprechapparate Koffer/Schattullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfothauer, Welmar,
Röhrstr. 40.

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 86, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F 1 Moritzplatz 5471

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und anderes
von **Ku Hung-ming**.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Übersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japan Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Sabotageakte gegen Staatsgerichtshof-Entscheidung.

Wann geht man gegen Hindenburg vor?

Hk. Die Kommissare und deutschnationalen Hintermänner der derzeitigen Diktatoren in Deutschland bemühen sich entgegen Papens Zusage, eine loyale Zusammenarbeit mit der Regierung Braun anstreben zu wollen, unverhohlen, das Nebeneinanderbestehen der beiden Regierungen in Preußen zu einer Farce zu stempeln. Der Zweck ist offenbar, eine öffentliche Meinung zu schaffen, die nach der Beseitigung dieses Zwitter-Regimes schreit. Wir bringen drei Beispiele für das eingeschlagene Sabotage-Verfahren.

1. Im Landtag.

Als am Sonntag der Unterausschuß des Hauptausschusses des preußischen Landtages zusammentrat, um unter anderem über die preußische Verwaltungsreform zu beraten, stellte sich heraus, daß keine Regierungsvortreter erschienen waren. Der Ausschuß-Vorsitzende Hinkler hatte sich vorher verblichend erkündigt, welche Regierungsvortreter kommen würden. Bracht habe betont, daß die kommissarische Regierung dem Landtag nicht verantwortlich sei und die frühere Regierung keine Befugnisse habe.

Es gäbe verantwortliche Minister zur Zeit in Preußen nicht.

Bracht habe vor dem Rechtsausschuß des Landtages erscheinen wollen, doch sei ihm diese Möglichkeit durch das Urteil des Staatsgerichtshofes genommen worden.

Mit Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt, „daß das Staatsministerium oder bevollmächtigte Vertreter nicht erschienen sind, obwohl die in Frage kommenden Ministerien in der üblichen Weise Einladungen erhalten haben. Der Unterausschuß besteht auf seinem verfassungsmäßigen Recht, die Anwesenheit der Minister zu verlangen. Er hat festgestellt daß

der Reichskommissar die Einladung an das geschäftsführende Staatsministerium nicht weitergeleitet hat.“

Am 22. November soll der Hauptausschuß zu dem Konflikt Stellung nehmen. Zu dieser Sitzung soll die Regierung Braun direkt eingeladen werden, während man für Brachts Papierkorb lediglich eine Abschrift jener Einladung schicken will.

Was kann der Ausschuß tun zur Verteidigung seines „verfassungsmäßigen Rechts, die Anwesenheit der Minister zu verlangen“? In der Aussprache war davon die Rede, beim Staatsgerichtshof eine neue Klage einzureichen, damit der Regierung Braun die Ausübung der Befugnisse ermöglicht wird, die ihr nach dem Leipziger Urteil zustehen.

2. Im Staatsrat.

Der Verfassungsausschuß des preußischen Staatsrats beschäftigte sich am Dienstag mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs. Dabei legte die Fraktion „Arbeitsgemeinschaft“ (DNVP und DVP im wesentlichen) einen Antrag vor, in dem festgestellt wird, daß die Regierung Braun durch die Verletzung der Verfassung die laufende Staatsgeschäfte noch das Recht auf Verlegung der laufenden Gesetzentwürfe zur Begutachtung durch den Staatsrat gegenüber der kommissarischen Regierung geltend machen könne. Der Staatsrat habe sich nach dem Leipziger Urteil an die Regierung Braun zu halten. Der kommissarischen und der Regierung Braun müsse es überlassen werden, einen Weg zu finden, der dem Staatsrat die Ausübung seiner ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte ermögliche.

Dafür, daß ein solcher Weg nicht gefunden wird, wird die kommissarische Regierung ohne Zweifel sorgen.

Die Stellungnahme zu dem Antrag ist verjagt worden, damit vorher die Fraktionen darüber beraten können.

3. Die Hauptmann-Komödie.

Hier liegt das provokatorische Vorgehen der Regierung Bracht wohl am nacktesten zutage; denn niemand wird behaupten können, daß es zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötig war, daß Bracht und nicht Braun die Medaille an Hauptmann überreichte; oder daß dies etwa zur Zusammenfassung der „gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand“ gehörte. (Diese Zusammenfassung war das Äußerste, was das Leipziger Urteil dem Reichspräsidenten auf Grund von Artikel 48, Absatz 2, zugebilligt hat.)

Die staatliche Ehrung des 70jährigen Gerhart Hauptmann vollzog sich also so: Braun und Grimme ließen Hauptmann eine Verleihungsurkunde für die Große Preußische Staatsmedaille überreichen. Ueber die Medaille selber verfügt Bracht, der sich weigerte, sie im Auftrag der Regierung Braun überreichen zu lassen. Vielmehr hat er selber als Vertreter der Reichsregierung die Medaille an Hauptmann überreicht mit einer eigenen Verleihungsurkunde, — „zumal die von der Regierung Braun überreichte Urkunde nicht das Staatssiegel trage!“ Auch über dies verfügt nämlich Bracht. Zu der offiziellen Festveranstaltung ist die Regierung Braun erst nachträglich eingeladen worden, nachdem die übrigen Gäste längst ihre Einladung hatten. Die preußische Staatsregierung hat deshalb

Immer wieder SA und SS.

Die Ausschreitungen im Görlitzer Bezirk.

Eine amtliche Erklärung stellt fest, daß im Landgerichtsbezirk Görlitz

in 19 Ortschaften insgesamt 38 politische Terrorakte verübt wurden. Die meisten dieser Fälle sind aufgeklärt.

Die Täter gehören in allen diesen Fällen der SA an! In Untersuchungshaft befinden sich noch 20 SA-Leute. Vier Personen, darunter zwei SA-Führer, sind flüchtig.

SA-Heim-Insassen schießen auf Polizeibeamte.

Am Dienstag morgen wurden in Duisburg-Hamborn zwei Polizeibeamte in Zivil von einem Wachtposten vor einem SA-Heim angepöbeln. Als ein SA-Mann daraufhin feststellen wollte, wurden sie vom Hofe des Heims aus beschossen. Eine anschließende Ueberfallkommando vorgenommene Durchsuchung förderte zwei scharf geladene Revolver, einige Totschlagger und 33 Knüttel mit Handriemen, die griffbereit lagen. Zu Tagesbefehl der Durchsuchung wurde die Polizei von den ein Stockwerk höher liegenden Schlafräumen der SA aus im Sprechchor mit Schimpfworten bedacht.

SS-Leute als Brandstifter.

In der Nacht zum 10. November konnten zwei Feldwächter einen Brand in Oberhausen rechtzeitig verhindern; nur eine Rübenmiete und ein Strohhaufen, die an der Stallseite des Hauses eines Viehhändlers lagen, brannten ab. Ohne die Feldwächter wäre das ganze Anwesen in Brand geraten. Als

an der Festveranstaltung im staatlichen Schauspielhaus, das jetzt offenbar zu den in der Hand des Reiches zusammengefaßten preußischen Machtmitteln gehört, nicht teilgenommen.

Was tun?

Die Regierung Braun, der Landtag und der Staatsrat sollten nichts unversucht lassen, um die Regierung Papen-Bracht öffentlich unmöglich zu machen. Held hat neulich ein Beispiel gegeben, wie man so etwas macht. Dazu können auch neue Klagen beim Staatsgerichtshof dienen; wohl-gemerkt: nur dazu, diesen Gerichtshof zur Stellungnahme zu nötigen und die öffentliche Meinung immer schärfer gegen die Diktatoren zu mobilisieren.

Außerdem ist längst die Zeit gekommen, eine Aktion gegen Hindenburg einzuleiten;

denn der ist ja nach der Reichsverfassung die Instanz, die für die Vollstreckung der Urteile des Staatsgerichtshofs zu sorgen hat. Die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit zur Einleitung eines Volksentscheids zur Absetzung Hindenburgs kann im Reichstag von den Arbeiterparteien und den Nazis aufgebracht werden. Natürlich

hat eine solche Aktion nur Sinn, wenn die Arbeiterparteien die Vernunft aufbringen, einen gemeinsamen Kandidaten als neuen Präsidenten zu präsentieren.

Zur Beurteilung der Situation muß man beachten, daß die Brachtsche Sabotage des Leipziger Urteils nicht mit der Wahl einer neuen Preußen-Regierung durch den Landtag erledigt sein würde. Die „Deutschen Führerbriefe“ (Privatkorrespondenz für Industrielle und Bankiers) wissen nämlich, „daß man an maßgebenden Stellen der Reichsregierung der Auffassung ist, daß das Leipziger Urteil das Weiterbestehen der Kommissariatsregierung gestattet, wenn anzunehmen ist, daß diese (vom Landtag gewählte, Red.) neue Preußenregierung nach ihrer ganzen Entstehung, Zusammensetzung und Linie nicht mit der Politik der Reichsregierung übereinstimmt“. Das Leipziger Urteil gestattet das zwar nicht — aber wozu gibt es denn Professoren, wie z. B. Herrn Schmitt.

Täter wurden vier SS-Leute aus Sterkrade-Holten festgenommen. Der Viehhändler gehört dem Kampfring der Deutschnationalen Volkspartei an und hatte angeblich einige Tage vorher einen Nazi mißhandelt.

SA-Fememörder geflohen?

Wir berichteten von dem spurlosen Verschwinden des Dresdener SA-Mannes Hentsch und vermuteten schon, daß es sich um einen neuen nationalsozialistischen Femefall handle. Dieser Verdacht wird jetzt verdichtet durch die Flucht dreier Angehöriger der SA, die mit Hentsch zuletzt gesehen wurden und sich in dem Augenblick aus dem Staube machten, als sie hörten, die Kriminalpolizei hege den Verdacht des Vorliegens eines Verbrechens.

Verbrecher in der Oldenburger SA-„Hilfspolizei“!

In einem Protestschreiben der Deutschnationalen an die Naziregierung von Oldenburg wird darauf hingewiesen, daß in der sogenannten Oldenburger „Hilfspolizei“, die aus SA-Leuten gebildet wurde, sich auch mehrfach vorbestrafte Verbrecher befinden. Außerdem werden zwei dieser „Hilfspolizisten“ des Bombenattentats gegen eine Konsumvereinsfiliale beschuldigt!

Hungerstreik von 40 Festungsgefangenen.

Die Festungsgefangenen der Festung Groß-Strehlitz in Schlesien stehen schon mehrere Tage im Hungerstreik wegen der Verschärfung der Festungshaft. Seit zwei Tagen verweigern sie auch die Annahme von Getränken, da man ihnen nun Getränke mit Milch und Zucker liefern will. Durch die Verweigerung der Flüssigkeitsaufnahme sind die Gefangenen in besonderer Gefahr.

Rundfunk-Richtlinien.

Keinen Pfennig diesem Klasseninstrument!

„Der deutsche Rundfunk dient dem deutschen Volke und dem Ansehen der deutschen Kultur im Ausland.“

„Der Rundfunk stellt die Hörer in sachlicher Weise vor die ganze politische Wirklichkeit ...“

Die erste dieser beiden unwahren Behauptungen steht am Anfang, die andere gegen Schluß der neuen Programm-Richtlinien für den Rundfunk. Die beiden zitierten Sätze sind nicht die einzigen Beispiele für die Unwahrheit, die diese Richtlinien von A bis Z durchzieht, eine Unwahrheit, die in der christlichen Verbrämung, die sie sich zu geben sucht, um so abstoßender wirkt. Das Wesentliche an dem Gerede über Ideale des Christentums und über angebliche von Papen u. s. w. gehütete Interessen des deutschen Volkes ist dies: eine Handhabe zu schaffen, um Freidenker und international denkende Sozialisten vom Rundfunk fernzuhalten, unter Benutzung des Satzes der Richtlinien:

„Wer das Christentum entwürdigt, und Sitte und Kultur des deutschen Volkes auflöst, ist vom Rundfunk ausgeschlossen.“

Der Termin, den Bracht der Stadt Berlin gesetzt hatte für die Vorlegung eines Entwurfs für die Vereinfachung der Berliner Verwaltung, ist auf Antrag des Oberpräsidenten von Bracht um 14 Tage verlängert worden, bis zum 1. Dezember. Bracht hat mitgeteilt, eine weitere Fristverlängerung könne er nicht mehr in Aussicht stellen.

Von den 45 Oberpostdirektionen des Deutschen Reichs sollen im Laufe einiger Jahre 13 abgebaut werden. Hierüber finden zur Zeit Verhandlungen mit den Ländern statt.

Die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ verboten bis einschließlich 19. November wegen angeblich „hochverräterischer“ Ausführungen.

Außerordentlicher Parteitag der SPD Badens.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens hat beschlossen, für Sonntag, den 27. November, einen außerordentlichen Parteitag nach Offenburg einzuberufen. Der Parteitag wird sich mit der politischen Lage in Baden und vor allem mit dem zwischen Partei und Landtagsfraktion in der Konkordatsfrage entstandenen Konflikt befassen.

„Das Wandeln auf der Grenze ist vorbei.“

Thüringer Lehrerschaft auf der Probe.

R. Gr. Wie berichtet, hat der Thüringer Nazi-Volksbildungsminister Wächtler eine

Verordnung über die Behandlung des Versailler Vertrages

in den Thüringer Schulen erlassen. Am meisten geeignet, die Empfindungen Andersdenkender zu verletzen, ist das durch die Verordnung vorgeschriebene Wechselgespräch über den Kriegsgeschichtsartikel, mit dem in allen Schulen vom 7. Jahrgang ab die letzte Wochenstunde zu schließen ist.

Man sollte meinen, daß die Lehrerschaft allen Grund hätte, sich mit Empörung gegen diese Verordnung zu wenden, um so mehr, als sie ohne Zweifel im Widerspruch steht zur Reichsverfassung (insbesondere zu Artikel 148, Abs. 2, der bestimmt, daß beim Unterricht an öffentlichen Schulen die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden dürfen). Doch ist bisher von einem Widerstand der Lehrerschaft gegen die Durchführung der Verordnung wenig bekannt geworden. Die „Thüringer Lehrer-Zeitung“ (das Organ des Thüringer Lehrervereins) beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die Verordnung sicher weittragende Bedeutung habe, und daß der Berufsverein dazu werde Stellung nehmen müssen.

Der Thüringer Lehrerverein hat bis heute noch nicht Stellung genommen.

obgleich seit dem Erlaß der Verordnung fast vier Wochen ins Land gegangen sind. Liest man in der gleichen Nummer der „Thüringer Lehrer-Zeitung“, in der die Verordnung abgedruckt ist, den Aufsatz des Schulrats R. Seyffarth über die Bestimmungen des Friedensdiktats von Versailles, dann muß man allerdings das Schlimmste befürchten hinsichtlich der Stellung, die der Thüringer Lehrerverein zu beziehen gedenkt. Denn dieser Aufsatz ist auf den Ton gestimmt: „Jeder Lehrer wird ernsthaft bestrebt sein, diese Forderung (einer eingehenden und vertieften Behandlung des Vertrages. R. Gr.) zu erfüllen.“

Die Allgemeine Freie Lehrgewerkschaft

Deutschlands, Landesverband Thüringen, hat an den Reichsminister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der sie ihn „bittet“, gegen die Verordnung sofort Einspruch zu erheben und gleichzeitig gegen das Thüringer Volksbildungsministerium wegen Verletzung der Reichsverfassung Klage vor dem Staatsgerichtshof zu erheben. Man darf gespannt sein, ob und

was Herr von Gayl auf diese Bitte zu antworten für nötig findet.

Inzwischen ist

ein neuer Erlaß

des um die „Grundlage unseres völklichen Daseins — Deutschtum und Christentum“ — so sehr bemühten Herrn Wächtler erschienen: ein ausdrücklich vom Tage des Reformationsfestes datierter „Aufruf an alle Thüringer Lehrkräfte“. Er beginnt mit einer Hetze gegen Internationalismus und Freidenkertum und

fordert dann die Lehrer, „die sich dem Christentum und Deutschtum innerlich verbunden fühlen“, auf, „aus eigenem Entschluß und aus eigener Verantwortung auch äußerlich alle Bindungen zum (konfessionslosen. R. Gr.) lebenskundlichen Unterricht zu lösen.“

Und zwar deshalb aus eigenem Entschluß und eigener Verantwortung, weil die Regierung „infolge gewisser Bindungen noch gezwungen sei, den Unterricht in Lebenskunde zu dulden“.

Die „Thüringer Lehrer-Zeitung“ stellt dazu fest, daß der Aufruf die Lehrerschaft in eine außerordentlich schwierige Zwangslage bringe, da einerseits nach wie vor die Reichsverfassung gelte, die allen Weltanschauungsgruppen gleiche Rechte gewährt, andererseits der Aufruf „eine Anweisung der höchsten Dienstvorgesetzten an die Lehrerschaft darstelle, sich allgemein der Mitwirkung bei Ausübung jeder verfassungsmäßigen Rechte zu enthalten, nachdem sie — wenn auch nur in Einzelfällen — jahrelang mitgetan hat.“ Die weitere Feststellung der Lehrer-Zeitung, der Erlaß sei „wenig dem Geiste des jungen Wittenborger Professors gemäß, der so gar nicht geneigt war, sich hinsichtlich der Weltanschauung irgend jemandem unterzuordnen“, wird Herrn Wächtler wenig imponieren,

wenn sich die Lehrerschaft nicht entschließt, im Geiste des jungen Luthor zu handeln.

Hier sollte die Lehrerschaft von Herrn Wächtler lernen, der in seinem Aufruf schreibt:

„Klare Entscheidung verlangt vor allem die Jugend vom Erzieher, in dem sie den Führer sehen will.“

Das Wandeln auf der Grenze ist vorbei und widerspricht dem Erzieherberuf.“

